

3 FRAGEN AN

1.



JOACHIM PFEIFFER

WIRTSCHAFTS- UND
ENERGIEPOLITISCHER
SPRECHER DER CDU/CSU-
BUNDESTAGSFRAKTION

Für mich ist klar: Das EEG war immer nur als Einstiegsförderung für eine Nischentechnologie gedacht, was die erneuerbaren Energien inzwischen mit rund 35% Anteil an der Stromerzeugung mit Sicherheit nicht mehr sind. Es gilt, sich von der bisherigen Subventionsmentalität zu verabschieden und die Kosten der Energiewende für die Verbraucher zu begrenzen. Photovoltaik, Windkraft und Biomasse müssen finanziell künftig auf eigenen Beinen stehen. Die Einführung von Ausschreibungen, die Novelle des EEG, des NEMoG und weitere Maßnahmen der unionsgeführten Bundesregierung



BERND WESTPHAL

ENERGIEPOLITISCHER
SPRECHER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Kurzfristig sehe ich keine Abschaffung des EEG, wie es die CDU-/CSU-Fraktion fordert. Klar ist, dass es nicht zu Überförderungen kommen darf. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die Ausschreibungen eingeführt. Klar ist auch, dass die Erneuerbaren mit wachsendem Anteil an der Stromerzeugung mehr Verantwortung für das Stromsystem übernehmen müssen. Das lässt sich aber ganz einfach als Bedin-



EVA BULLING-SCHRÖTER

ENERGIE- UND KLIMAPOLITISCHE
SPRECHERIN IN DER
BUNDESTAGSFRAKTION DIE LINKE

Wir werden auch in Zukunft ein Erneuerbare-Energien-Gesetz brauchen. Das EEG setzt den Rahmen für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ohne EEG gibt es kein klares Ausbauziel, keine Finanzierungsgrundlage und keinen privilegierten Zugang zum Stromnetz. Auch wenn jetzt zwei Unternehmen für ihre Windparks in der Nordsee keine



JULIA VERLINDEN

SPRECHERIN FÜR ENERGIEPOLITIK
DER BUNDESTAGSFRAKTION VON
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Erneuerbaren sind mittlerweile die zentrale Säule der Stromversorgung. Wird der Zubau unter dem Dach des EEG fortgesetzt?

in der aktuellen Legislaturperiode waren Schritte in die richtige Richtung, auf die weitere folgen müssen.

Für die CDU/CSU steht dabei fest, dass der Umbau der Energieversorgung nur mit mehr Europa, mehr Markt und mehr Wettbewerb gelingen kann. Gerade die europäische Dimension gilt es stärker ins Auge zu fassen, denn 28 nationale Ansätze

führen nicht zum Ziel eines echten Binnenmarkts. Im Gegenteil, sie verursachen Ineffizienzen und damit unnötig hohe Preise für den Bürger und die industriellen Stromverbraucher. Stattdessen ist eine Harmonisierung der Erneuerbaren-Förderung und der geplanten Kapazitätsmechanismen auf EU-Ebene das Gebot der Stunde. Ausschreibungen sollten europaweit und technologieunabhängig erfolgen.

Zudem gilt es, die bisherigen parallelen Stromsysteme in einem neuen Strommarktdesign zusammenzuführen, in das alle Technologien nach wettbewerblichen Kriterien konvergieren. Das gilt für die erneuerbaren Energien und konventionellen Kraftwerke bis hin zu Speicher, Flexibilitäten und Digitalisierung.

gung im Rahmen der Ausschreibungen einfordern.

Für mich ist die Frage der Finanzierung der Energiewende insgesamt dabei viel wichtiger. Allen muss klar sein, dass die Energiewende Geld kostet. Wir stellen unser Stromsystem komplett um. Unser politischer Auftrag ist es aber, dafür zu sorgen, dass die Kosten nicht höher werden

als notwendig und die anfallenden Kosten gerecht verteilt werden.

Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode genau auf die Kosten gucken müssen und uns dann offen darüber austauschen, welche Finanzierung am besten ist.

Eines möchte ich aber betonen: Es handelt sich hierbei nicht nur um Kosten, sondern vor allem um Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Das EEG ist Deutschlands bislang erfolgreichstes Klimaschutzgesetz. Mit Blick auf das Pariser Klimaabkommen wollen wir den Zubau unter dem Dach des EEG fortsetzen. DIE LINKE strebt einen Ökostromanteil von 43% bis zum Jahr 2020, 70% bis 2030 und 100% bis 2040 an. Dafür muss der Mengendeckel deutlich angehoben werden.

Bei der Finanzierung kritisieren wir, dass die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage weitgehend befreit ist – die Kosten tragen die restlichen privaten und gewerblichen Stromkunden. DIE LINKE will diese Industrierabatte auf jene Firmen beschränken, die tatsächlich nennenswert mit ihren energieintensiv hergestellten Produkten im

internationalen Wettbewerb stehen. Zudem wollen wir einen Energiewendefonds für die hohen Anfangskosten der Energiewende einrichten. Beide Maßnahmen würden den Strompreis für Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen deutlich mindern.

Vergütung mehr in Anspruch nehmen, ist ein rahmengebendes Gesetz unabdingbar.

Natürlich sind wir mit dem aktuellen EEG nicht zufrieden. Die Ausbauziele sind von der schwarz-roten Bundesregierung viel zu niedrig angesetzt. Damit können die Zusagen zum Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten werden. Außerdem

wollen wir zur Sicherung der Akteursvielfalt und Bürgerbeteiligung, dass kleinere Projekte vom Ausschreibungszwang befreit werden und stattdessen unbürokratisch mit einer sicheren Einspeisevergütung planen können. Auch außerhalb des EEGs wird es in Zukunft einen Ausbau der Erneuerbaren Energien geben, wenn die Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden. Hier

besteht großer Nachholbedarf, denn insbesondere die Photovoltaik hat da noch ein enormes Potenzial.

2. Mit der Erzeugung verändert sich die gesamte Versorgungsstruktur. Welche Rolle nehmen die Stromverteilnetze ein?



Gut ausgebaute Netze sind das A und O für einen kosten-effizienten Strombezug und einen erfolgreichen Umstieg auf erneuerbare Energien. Hierbei gilt es, sowohl den Ansatz eines dezentralen als auch eines zentralen Stromversorgungssystems weiter zu verfolgen. Neben Investitionen in innovative Technologien, in den Ausbau und die

Modernisierung von Stromnetzen, liegt die Zukunft der Energieversorgung auch im intelligenten und vernetzten Energiesystem. Mit dem 2016 verabschiedeten Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende hat die unionsgeführte Bundesregierung das Startsignal für Smart Grid, Smart Meter und Smart Home gegeben und verleiht so der digitalen Infrastruktur neuen Schwung. Die nötige Flexibilität, Netzstabilität und

Steigerung der Energieeffizienz werden sich perspektivisch nur durch digitales Datenmanagement und ein intelligentes Stromnetz erreichen lassen. Oberste Priorität muss sein, die erneuerbaren Energien noch schneller in den Markt zu integrieren und Netzausbau und Erzeugungsausbau wesentlich besser zu synchronisieren.



Auch wenn wir über dezentrale Netze sprechen, nehmen sie für die Energiewende schließlich eine zentrale Rolle ein. Bisher war das Augenmerk vor allem auf der Übertragungsnetzebene. Im Verteilnetz sind die Erneuerbaren jedoch angeschlossen.

Hier haben wir noch viel zu lernen und ich bin auf die Ergebnisse der SINTEG-Projekte¹ gespannt, da sie sich genau mit diesem Spannungsfeld beschäftigen.



Die Energiewende findet überwiegend in den örtlichen und regionalen Verteilnetzen statt. Wir fordern einen angemessenen Ausbau aller Netzebenen. Aus unserer Sicht bedeutet dies einen gegenüber den Regierungsplänen deutlich reduzierten Ausbau der Übertragungsnetze.

Dafür müssen wir zum einen zügig aus der Kohle aussteigen und zum anderen auch im Süden Deutschlands mehr Ökostromanlagen bauen. Auf der Verteilnetzebene fordern wir hingegen einen beschleunigten Ausbau bzw. eine bessere Ertüchtigung der Netzbetriebsmittel.



Wir Grüne wollen eine möglichst dezentrale Energiewende. Strom, der in der Region erzeugt wird, soll möglichst auch in der Region verbraucht werden. Die Verteilnetze haben dabei eine wichtige Rolle. Insbesondere Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher werden am Verteilnetz angeschlossen. Das Verteilnetz muss dabei

die Anforderung erfüllen, möglichst viel erneuerbaren Strom integrieren zu können. Dabei können Speicher zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen ein wichtiger Beitrag sein. Wenn wir in Zukunft einen weiteren rasanten Ausbau der Photovoltaik auch außerhalb des EEG sehen werden, dann wird die Rolle der Verteilnetze sogar noch weiter steigen.

¹ Anmerkung der Redaktion: Mit SINTEG („Schaufenster intelligente Energie - Digitale Agenda für die Energiewende“) fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Musterlösungen für eine klimafreundliche, sichere und effiziente Energieversorgung bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien.

3. Welche Bedeutung spielt eigentlich der Energieträger Gas für das „Projekt Energiewende“?

Technologieoffenheit, ohne ideologische Scheuklappen und Zwang, ist eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Klima- und Effizienzziele. Auch Erdgas spielt als effizienter und kostengünstiger Energieträger eine Schlüsselrolle in einer nachhaltigen Energieversorgung. Erdgas kann sektorübergreifend im Wärmemarkt, bei der Stromerzeugung und in der Mobilität den Einsatz erneuerbarer Energien klimaschonend flankieren. Die Sektorkopplung

als Schlüssel der Energiewende kann zur Erreichung der CO₂-Reduktion beitragen. Die vorhandenen Gastnetzinfrastrukturen ermöglichen schon jetzt die Speicherung und den Transport großer Energiemengen. Durch Power-to-Gas kann dieser Speicher auch für die Erneuerbaren erschlossen und so beispielsweise Wind- und Solarstrom gespeichert werden. Außerdem gilt es, auch Förderprogramme technologieoffen auszugestalten, damit z. B. veraltete

Heizungssysteme zügig ausgetauscht werden und kein Investitionsstagnationsrisiko entsteht. Für die Union steht fest: Die Energieversorgung in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Der Energieträger Erdgas kann Partner der erneuerbaren Energien im Energiesystem der Zukunft werden.

Ich bin davon überzeugt, dass Gas noch eine große Rolle für das Gelingen der Energiewende spielen wird. Dabei spreche ich allerdings nicht nur von konventionellem Gas, das schon seit langer Zeit als Brückentechnologie benannt wird, sondern perspektivisch vor allem von grünem Gas.

Natürlich bedeutet die Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff oder andere Gase einen Verlust von Energie. Gleichzeitig muss man sich aber auch vor Augen führen, dass wir ein sehr gutes Gasbestandsnetz in Deutschland haben, das zudem enorme Flexibilisierungs- und Speicherpotenziale bietet. Hier muss genau abgewogen werden.

DIE LINKE befürwortet einen planvollen Kohleausstieg mit dem Enddatum 2035. In einem solchen Szenario spielen moderne hocheffiziente Gaskraftwerke mit KWK als Übergangstechnologie eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit. Letztlich müssen wir aber mittelfristig aus allen fossilen Energieträgern aussteigen. Unser

Energiesystem muss bis 2040 auf vollständig regenerativer Grundlage basieren. DIE LINKE befürwortet eine CO₂-Steuer auf fossile Heizstoffe, sofern im Gegenzug die Stromsteuer abgeschafft wird und darüber hinaus eine Rückverteilung der Einnahmen aus dieser Steuer an die Bürgerinnen und Bürger nach Schweizer Modell² stattfindet.

Erdgaskraftwerke können anders als Kohle- und Atomkraftwerke leicht hoch- und runtergeregelt werden. Damit können sie sehr gut die fluktuierenden Erneuerbaren Wind- und Solarenergie ergänzen. Außerdem lässt sich die Erdgasinfrastruktur in Zukunft auch für Biogas und synthetisches Gas nutzen.

dabei höchstens einen sehr geringen Ausbaubedarf für die Infrastruktur sehen. Was auch ganz klar sein muss: Schon mittelfristig werden wir die Umstellung von herkömmlichem Erdgas auf Biogas und synthetisches Gas brauchen. Denn auch Erdgas ist ein fossiler Brennstoff. Die Pariser Klimaziele lassen sich damit nicht erreichen!

Wenn wir unsere Anstrengungen in der Energieeffizienz erhöhen, werden wir

² Anmerkung der Redaktion: In der Schweiz gibt es seit 2008 eine CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe.

